

Das Nordend neu denken – Kommunalwahlprogramm der GRÜNEN im Nordend 2021 – 2026

Präambel

Frankfurt Nordend – neu denken

Liebes Nordend

am 14. März 2021 werden wir das neue Stadtparlament wählen sowie den Ortsbeirat hier im Nordend. Viele werden sicherlich in diesem Jahr die Briefwahl bevorzugen, um möglichst vielen Kontakten im Wahllokal aus dem Wege zu gehen. Umso wichtiger ist es, sich mit unserem Wahlprogramm auseinanderzusetzen.

Wir haben viele Forderungen aufgeschrieben, um das Nordend grüner, sozialer und barrierefreier werden zu lassen. Der Klimawandel ist für uns alle ein Thema – egal ob alt oder jung. Er geht uns alle an. Aber Klimawandel ohne Verkehrswende ist nicht möglich. Wir müssen an beidem zusammenarbeiten.

Die letzten Sommer haben gezeigt, was Hitze und Trockenheit in Folge anrichten können. Bäume vertrocknen und suchen „Wasser-Paten“, Plätze haben wegen der Hitze keine Aufenthaltsqualität mehr. Überall fehlt das Grün. Die Parks sind braun, weil das Wasser fehlt. Wir müssen Ressourcen sparen, um die Ziele zu erreichen.

Wo können wir als Partei Hilfestellung geben und wo ist jede/r gefragt, einen Beitrag zu leisten.

Und das Fazit daraus: wir müssen das Nordend neu denken. Für Groß und Klein – alt und jung. Umweltbewusstsein, klimaneutral, energiesparend, nachhaltig konsumieren.

1. Umwelt und Klima neu denken

Das Nordend soll auf dem Weg zur Klimaneutralität den Weg weisen!

Wie alarmierend weit der Klimawandel fortgeschritten ist, haben wir alle in den letzten Jahren erlebt: Die trockenen und heißen Sommer der letzten 3 Jahre sind auch an den Parks und Grünstreifen im Nordend nicht spurlos vorübergegangen; die anhaltende Trockenheit setzte den Pflanzen und Tieren zu, viele Bäume mussten letztlich gefällt werden. Die Klimakrise können wir nicht bekämpfen, indem wir die Verantwortung auf die EU oder die Bundesregierung abschieben, sondern nur, indem wir vor unserer Haustür anfangen – es kommt auf uns alle an! Wir müssen unseren Kindern und den nächsten Generationen einen lebenswerten Stadtteil hinterlassen und uns mit den vielen Menschen solidarisieren, die von den Folgen der Klimaerhitzung am stärksten betroffen

sind. Das bedeutet: wir müssen jetzt entschieden handeln. Je länger wir damit warten, desto schwieriger wird es in der Zukunft, unsere vereinbarten Klimaziele noch zu erreichen. Wir stehen zum Pariser Klimaabkommen und wollen die Menschen im Stadtteil so gut es geht beim Reduzieren ihrer Treibhausgas-Emissionen und bei dem Schutz vor den Folgen der Klimaerhitzung unterstützen. Wir wollen den Stadtteil resilienter gegen Extremwetter-Ereignisse wie Hitze, Dürre und Starkregen gestalten und dabei grüner und lebenswerter machen.

Spätestens im Jahr 2035, das sieht der Masterplan 100 vor, will Frankfurt Klimaneutralität erreichen. Wir GRÜNE in Frankfurt wollen diesen Plan überarbeiten und einen Weg zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 beschreiten. Im Nordend können wir gemeinsam vorweg gehen! Das heißt konkret: Alle Energie, die im Nordend verbraucht wird, soll künftig aus erneuerbaren Quellen stammen. Unseren derzeitigen Energieverbrauch müssen wir dazu um die Hälfte reduzieren. Das klingt ambitioniert – ist aber durchaus machbar. Oft fehlen uns einfach die Kenntnisse und Informationen darüber, was für uns konkret umsetzbar ist und welche Fördermöglichkeiten wir dafür in Anspruch nehmen können.

Im Bereich Gebäude und Wärme, der einen Großteil unserer Emissionen ausmacht, wollen wir mit folgenden Maßnahmen aktiv werden:

- Wir wollen, dass es Menschen im Stadtteil gibt, die jede und jeden zum Klimaschutz beraten können und dabei auf die individuelle Situation der BürgerInnen eingehen: das könnte zum Beispiel eine Klimaschutzmanagerin in einem noch einzurichtenden Stadtteil-Büro übernehmen oder MitarbeiterInnen des Energiereferats, die regelmäßig in den Stadtteil entsandt werden. Sie sollen neben den Optionen bei der Gebäudesanierung auch über die Wirksamkeit eines Wechsels zu Ökostrom-Tarifen und die Möglichkeiten des Energiesparens im eigenen Haushalt informieren.
- Wir sind uns sicher, dass eine aufsuchende Energieberatung von Erfolg gekrönt wäre: zum Beispiel mit Wärmebildkameras lässt sich im Winter sehr eindrucksvoll darstellen, wie groß die Wärmeverluste energetisch noch nicht ausreichend sanierter Gebäude sind - das könnte die Einladung zu einer Energieberatung sein und damit der erste Schritt zur energetischen Sanierung eines Hauses. Mit etwas Glück inspiriert das die NachbarInnen, sich auch mit dem Thema auseinander zu setzen und wir schaffen die dringend benötigte energetische Sanierungswelle im Nordend.
- Wir fordern beim Magistrat ein, bei der schwierigen energetischen Sanierung von Gründerzeit-Altbauten besonders zu unterstützen : Die Hürden bei der Sanierung, beispielsweise durch Erhaltungssatzungen und Denkmalschutz, müssen gesenkt werden, es müssen Musterlösungen erarbeitet werden, über die sich die Haus- und WohnungsbesitzerInnen und MieterInnen informieren können, zu welchen Preisen und mit welchen Maßnahmen welche Energieeinsparungen möglich sind, wie schnell sich das rechnet und welche Förderungen sie dabei in Anspruch nehmen können. Es soll dazu auch ein „Energie-Musterhaus“ entstehen, bei dem sich die Lösungen für die Altbausanierung vor Ort angeschaut werden können.

- Wir ermutigen und unterstützen die BewohnerInnen des Nordends, sich selbst mit Energie und Wärme zu versorgen und sie zu speichern, beispielsweise durch PV- und Solarthermie Anlagen auf Dächern und an Balkonen und Fassaden. Über die Möglichkeiten in Bereichen mit Erhaltungssatzungen soll transparent informiert werden und auf bessere Lösungen hingewirkt werden.
- Besonders mit Hilfe von Nahwärmenetzen und Geothermie sehen wir ein hohes Potential für die klimaneutrale Wärmeversorgung und werden den Magistrat bitten, diese Optionen bei allen Vorhaben intensiv zu prüfen. Auch das Fernwärmenetz bietet eine effiziente Wärmeversorgung, muss jedoch so schnell wie möglich ohne die Verbrennung fossiler Energieträger betrieben werden. Einen Wechsel von Dampf- auf Heißwasser können wir dabei nicht ausschließen.
- Es wird nicht jeder Altbau im Stadtteil durch eine Sanierung zum Plus-Energiehaus werden können. Auch darum müssen Neubauten, wo immer die Verwaltung darauf Einfluss nehmen kann, möglichst im Plusenergie-Standard errichtet werden und damit mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Wo dies nachweislich nicht möglich ist, soll mindestens der Passivhaus-Standard zur Anwendung kommen.
- Darüber hinaus wollen wir, wo immer es möglich ist, auf die Verwendung Umwelt- und Klimafreundlicher Baumaterialien hinwirken, also insbesondere bei städtischen Bauten. Die Holzbauweise ist ein gut geeignetes Mittel, Kohlenstoff über längere Zeit zu speichern, Recyclingbeton ist eine gute Lösung, um die großen Abfallmengen der Bauindustrie sinnvoller zu nutzen.
- Auch die städtischen Liegenschaften im Nordend müssen zügig energetisch saniert und auf den Kurs zur Klimaneutralität gebracht werden. Dies gilt insbesondere für Schulgebäude und Kitas. Wo immer eine Sanierung geplant wird, werden wir einfordern, dass die größtmöglichen Energiesparpotentiale verfolgt werden. Im Neubau muss die Stadt vorbildlich aufzeigen, wie klimaneutrales Bauen schon heute möglich ist. Alle städtischen Gebäude im Nordend sollen bis 2030 klimaneutral sein.

Mehr GRÜN im Stadtteil

Gerade in dichtbesiedelten und -bebauten Stadtteilen wie dem Nordend sorgen Parks und Grünflächen für den notwendigen klimatischen Ausgleich. Zugleich bieten sie Kindern und Erwachsenen Raum für Erholung, Begegnungen und Freizeitaktivitäten, ohne dass wir dafür ins Auto steigen müssen.

Während im östlichen Nordend der Günthersburgpark erweitert werden soll, fehlt es im westlichen Stadtteil an ausreichend Grünflächen. Umso wichtiger ist es, auf andere Weise für ausreichend Begrünung zu sorgen, etwa durch Entsiegelung von Flächen, durch das Pflanzen von Bäumen und durch die Förderung von Fassadenbegrünungen.

Außerdem sollen Straßen wie die Glauburgstraße an den Seiten begrünt werden und so zu einer attraktiveren Straße umgestaltet werden, damit die Aufenthaltsqualität verbessert wird. Gehwege und Radwege müssen optimiert werden. Gemeinsam mit Initiativen vor Ort wollen wir im Rahmen eines jährlichen Klimaschutztages Möglichkeiten für mehr Grün im Stadtteil vorstellen und die Menschen zum Mitmachen – beispielsweise in Form von Urban-Gardening-Projekten – einladen. Ansprechen wollen wir mit Aktionen gezielt auch die Eigentümer*innen von Vorgärten, die im Hinblick auf die Vorgartensatzung einer Umgestaltung und/oder Entsiegelung bedürfen. Zu diesem Zweck wollen wir eine Liste von Bäumen, Sträuchern und Pflanzen zusammenstellen, die sich besonders positiv auf das Klima auswirken und Eigentümer*innen der Vorgärten bei der Bepflanzung beraten.

Beispielsweise auf den begrünten Mittelstreifen am Alleenring können Wildblumenwiesen und Insektenhäuser nicht nur einen Beitrag zum Klima-, sondern gleichzeitig auch zum Artenschutz leisten. Wir wollen erreichen, dass mehr Innenhöfe im Nordend entsiegelt werden und uns dafür einsetzen, das Budget von 5000 Euro hierfür zu erhöhen.

Wir wollen bei der Planung und Gestaltung von Wohnquartieren und dem öffentlichen Raum noch stärker darauf drängen, dass systematisch Maßnahmen zur Begrünung von Plätzen, Dächern und Fassaden und somit zur Abkühlung berücksichtigt werden. Moderne Computermodelle können dabei unterstützen.

Wir fordern, dass alles unternommen wird, damit so viele wertvolle Straßenbäume wie möglich erhalten bleiben. Hier gilt es zum Beispiel zu prüfen, inwieweit größere Baumscheiben und Bewässerungssysteme zu ihrer Unterstützung geplant werden könnten. Wo es zu Neupflanzungen kommt, brauchen wir eine höhere Artenvielfalt als bisher. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass jeder neu gepflanzte Baum überlebt, daher wollen wir bei Nachpflanzungen darauf drängen, dass alte Bäume gleich durch mehrere Jungbäume ersetzt werden. Geeignete Flächen sollen systematisch aufgezeigt werden und nicht erst auf Anfrage vom Magistrat für geeignet oder ungeeignet erklärt werden. Ein öffentliches digitales Modell des Stadtteils, in dem Daten zu Leitungen, Kanälen, Bäumen und mehr zusammenkommen, wäre daher wünschenswert.

Wir wollen die Grünflächen des Nordends und der benachbarten Stadtteile stärker miteinander vernetzen: das hilft der Tier- und Pflanzenwelt, bietet aber auch attraktive Wege für Menschen. In der Corona-Pandemie wurde uns noch einmal deutlich vor Augen geführt: wir wollen nicht nur immer auf dem schnellsten Weg von A nach B, wir wollen uns nach einem langen Tag im Home-Office auch bewegen und uns im Grünen entspannen.

Schon seit längerem setzen wir GRÜNE im Nordend uns im Ortsbeirat dafür ein, die Gaslaternen im Stadtteil sukzessive durch energiesparendere Leuchten auszutauschen. Dies wollen wir weiter vorantreiben und zugleich prüfen, inwieweit diese mit E-Lade-Stationen gekoppelt werden können. Zu hohe Lichtemissionen und zu kaltes Licht schaden Mensch und Natur. Wir wollen über eine Lichtsatzung Standards durchsetzen, die bei der Umrüstung der Laternen zur Anwendung kommen und auch für Fassaden, Gärten und Gewerbeflächen gelten sollen.

Plastikmüll verringern und nachhaltig leben

Die pandemiebedingte Schließung der Restaurants und Cafés, der Trend zum Arbeiten im Home-Office und die zunehmende Beliebtheit von Bestellservices und Lieferdiensten haben vor allem im Frühjahr 2020 auch zu einer explosiven Zunahme des Verpackungsmülls geführt. Seit jeher streben wir GRÜNE im Nordend bei der Organisation des jährlichen Rotlintstraßenfestes einen vollständigen Verzicht auf Plastikgeschirr an. Auch über das Fest hinaus wollen wir Initiativen und Vereine künftig bei der Entwicklung von Alternativen zu kunststoffhaltigen Verpackungen unterstützen. Das Pfandbecher-System, das Anfang 2018 von der Initiative „Lust auf besser leben“ unter anderem im Nordend gestartet und schließlich von der FES weiter ausgebaut wurde, wollen wir auf andere Behältnisse übertragen, etwa auf Transportboxen für Take-Away-Mahlzeiten und hierfür ein Modellprojekt im Nordend initiieren.

Vor mehr als einem Jahrzehnt wurde am Merianplatz der erste Offene Bücherschrank aufgestellt. Das Prinzip ist einfach, nachhaltig und sozial: Aussortierte Bücher landen nicht im Müll, sondern im Bücherschrank und können dort kostenlos und rund um die Uhr entliehen werden. Sechs Offene Bücherschränke gibt es derzeit im Nordend – weitere sollen folgen. Viele Menschen im Nordend haben das Konzept bereits auf andere Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgeweitet und stellen beispielsweise ausrangierte Küchenartikel oder Kleidung in Kartons zum Mitnehmen vor die Haustür, anstatt diese einfach wegzuworfen. Das wollen wir unterstützen, indem wir an zentralen Stellen im Stadtteil sogenannte „Give-Boxen“ aufstellen, in denen die Gegenstände vor Wind und Wetter geschützt angeboten werden können.

Stadtteilplanung im Klimawandel: Unsere Position zum Areal „Günthersburghöfe“

Der Beschluss der Grünen Frankfurt hat folgenden Inhalt:

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Bebauung des so genannten Innovationsquartiers (Baugebiet „Günthersburghöfe“) auf die bereits versiegelten Flächen zu begrenzen (Randbebauung)

Damit wollen wir der zunehmenden öffentlichen, sozialen und kulturellen Nutzung der bestehenden Grünfläche Rechnung tragen. Dichte und jahrzehntelang bewachsene Flächen inmitten der Stadt bekommen angesichts zunehmender Temperaturen im Zuge des Klimawandels eine immer wichtigere Bedeutung.

Auch ihre soziale und kulturelle Funktion als Aufenthaltsort ist wesentlich. Letzteres hat sich in der Corona-Krise in besonderem Maße gezeigt. Des Weiteren hat das hier bestehende naturnahe Gebiet mit großem Baumbestand einen extrem hohen Nutzen für

Kaltluftentstehung, Verdunstungseffekte und CO₂-Speicherung sowie der Biodiversität in der Stadt, die es zu erhalten gilt.

- Gleichzeitig ist die im letzten Jahr entstandene öffentliche Gartenfläche ein Novum in Frankfurt und eine zu unterstützende Form der gemeinschaftlichen und naturschonenden Nutzung der bestehenden Grünflächen.
- Bei den neu geschaffenen Wohnungen/Randbebauung sollen mindestens die vom Baulandbeschluss geforderten Quoten von gefördertem, gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem Wohnen erfüllt werden, damit eine vielfältige Bevölkerungsstruktur entsteht.
- Bei der Randbebauung sollen moderne Technologien und Verfahren für nachhaltige und umweltverträgliche Baustoffe und Bauweisen zum Einsatz kommen.
- Klimaverträgliches Bauen, effiziente Bewirtschaftung und vielfältiges Wohnen sollen die Ziele sein.
- Wir setzen uns nach wie vor für die Einhausung der A661 ein, um so zur Lärminderung beizutragen und um eine fußläufige und Fahrrad-Verbindung zwischen den Stadtteilen Nordend, Bornheim und Seckbach zu schaffen. Auch Grünflächen und Parks werden so miteinander verbunden.

2. Wohnen neu denken

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Wohnraumsituation im Nordend weiter verschärft. Die Durchschnittsmiete beträgt im Nordend/West zwischenzeitlich 17,59 Euro, im Nordend-Ost liegt sie bei 17,76 Euro pro Quadratmeter. Viele Menschen können sich daher das Wohnen in unserem Stadtteil nicht mehr leisten.

Wir wollen den Trend der Gentrifizierung der zurückliegenden Dekaden aufhalten und das Nordend als urbanen Stadtteil in seiner sozialen und kulturellen Vielfalt erhalten und klimagerecht umgestalten und weiterentwickeln.

Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

Milieuschutz erweitern

Zur Eindämmung der Gentrifizierung wurden 2018 Milieuschutzsatzungen für das Nordend geschaffen. Sie gelten allerdings nicht für den ganzen Stadtteil, bestimmte Bereiche wie das Holzhausenviertel und das Gebiet zwischen Holzhausenviertel und Anlagenring sind von der

Geltung ausgenommen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich das ändert und sich der Milieuschutz auf das gesamte Nordend erstreckt. Auch soll die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht konsequenter Gebrauch machen, um auf diese Weise bzw. durch restriktive Abwendungsvereinbarungen mit möglichst langer Geltungsdauer spekulative Eigentümerwechsel von Wohnhäusern zu unterbinden und die Mieter*innen wirksam zu schützen. Wir wollen Lösungen erarbeiten, wie Mieter*innen- und Umweltschutz sich nicht konterkarieren, sondern Hand in Hand funktionieren können – durch warmmietenneutrale energetische Sanierungen weit über den EnEv-Standard hinaus.

Leerstand bekämpfen

Dass das Land Hessen keine rechtliche Grundlage für den Erlass eines Zweckentfremdungsverbot in Frankfurt schafft, bedauern wir zutiefst. Das Zweckentfremdungsverbot könnte sowohl Leerstand als auch der Tendenz, Wohnraum als „Serviced Appartements“ dem normalen Wohnungsmarkt zu entziehen, effektiv entgegenwirken. Wir halten daran fest, dass die systematische Erfassung und Bekämpfung des Leerstands unabdingbar sind. Im Ortsbeirat wollen wir die Führung eines Leerstandskatasters anregen – gerne auch in Form einer interaktiven App oder Webseite.

Bezahlbar und klimagerecht bauen

Wohnungsneubau durch behutsame Nachverdichtung wird von uns unter der Voraussetzung mitgetragen, dass er nicht den Verdrängungsdruck forciert und dass soziale und Klima-Standards eingehalten werden.

Bei den beiden Wohnungsbauprojekten auf dem *Diakonissen-Areal* (Holzhausenstr.) und auf dem *Areal des Marienkrankenhauses - Marie* (Nordendplatz, Brahmstr.) kann unter dem Strich keine positive Bilanz gezogen werden. Trotz der insgesamt 90 öffentlich geförderten Wohnungen, die hier entstehen, werden die verbleibenden 206 freifinanzierten Wohnungen auf das erweiterte Wohnumfeld im Nordend einen massiven Verdrängungsdruck ausüben. Handelt es sich doch ausschließlich um hochpreisige Wohnungen - beim Wohnprojekt *Marie* entstehen ausschließlich Eigentumswohnungen (bis 224 m²) und Kaufpreisen bis 2,5 Mio. €. Solche Projekte dürfen künftig nicht mehr zugelassen werden.

Mit dem *Baulandbeschluss* (Stand: Beschluss Magistrat vom 20.12.2019; Beschluss voraussichtlich in der Sitzung der StVV am 07.05.20, dort TO II) werden Voraussetzungen geschaffen, bei Wohnungsneubau ab 30 Wohnungen grundsätzlich

- 30% der BGF Wohnen für *geförderten Wohnungsbau* (für ABG und NH gilt weiterhin eine höhere Quote (mind. 40%) und
- 15% der BGF Wohnen für *gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte* nach Konzeptverfahren umzusetzen.

Das erste Projekt für gemeinschaftliches Wohnen im Nordend befindet sich in Bau.

Wir sehen den Baulandbeschluss als großen Schritt in die richtige Richtung, setzen uns aber dafür ein, die Quoten perspektivisch weiter zu erhöhen. Wir fordern 60% (Position aus

Kreisprogramm einarbeiten, wenn verfügbar!) für geförderten Wohnungsbau (je zur Hälfte als Sozialwohnungen und Wohnungen nach Mittelstandsprogramm), 15% für genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnprojekte und 15% für Wohnungen im mittleren Preissegment (derzeit ca. 10 bis 12 €/m²). Die ABG soll künftig mindestens 50% der neu gebauten Wohnungen im Förderweg errichten; die Vorgabe, 10% der Eigentumswohnungen preisreduziert anzubieten soll für öffentliche wie auch für private Träger gelten. Auch soll der Baulandbeschluss auf kleine Wohneinheiten bis zu 30 Wohnungen ausgedehnt werden.

Neubauten sollen grundsätzlich im Passivhausstandard entstehen und klimaschonende Maßnahmen wie Photovoltaik und Fassadenbegrünung integrieren. Auch über Zisternen für Wasserkreisläufe in den Neubauten muss nachgedacht werden. Grundsätzlich sollen ressourcenschonende und ökologisch vorteilhafte Baustoffe (z.B. Holz) zum Einsatz kommen.

Mietpreisbremse weiterentwickeln

Ebenso wie den Baulandbeschluss sehen wir die Mietpreisbremse als effektives Mittel im Kampf gegen die Gentrifizierung. Sie muss aber weiterentwickelt werden, so dass Neumieten künftig auf 5% in drei Jahren bei angespanntem Wohnungsmarkt gedeckelt werden.

Wohnen für ältere Menschen und Studierende attraktiv gestalten

Gerade die Gründerzeitbauten im Nordend sind oft nicht barrierefrei zugänglich. Viele ältere Menschen würden gerne in eine kleinere oder barrierefreie Wohnung umziehen, können sich jedoch die hohen Mieten bei Neuabschluss eines Mietvertrages nicht leisten.

- Wir möchten diese Menschen, aber auch Familien, die eine große, bezahlbare Wohnung suchen unterstützen, indem wir für unseren Stadtteil eine Wohnungstauschbörse initiieren.
- Nach Vorbild des Mehrgenerationenhauses im Gallus wollen wir auch im Nordend Mehrgenerationenprojekte unterstützen.
- Wir setzen uns für bezahlbare Wohnungen auch für Studierende ein. Projekte für studentisches Wohnen sollten möglichst vielfältig gestaltet sein und neben klassischen „Studierendenzimmern“ auch Appartements für alleinerziehende Studierende und Familien sowie für Wohngemeinschaften vorsehen.

Mietspiegel weiterentwickeln

Wir setzen uns dafür ein, dass künftige Frankfurter Mietspiegel (ab 2022) hohe Verkehrsbelastung bei der Bewertung der Wohnlage wieder berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir, dass der Bund die Berechnungsgrundlage für die ortsübliche

Vergleichsmiete so ändert, dass *alle*, nicht nur die in den letzten vier Jahren neu vereinbarten Mietverhältnisse einbezogen werden und damit auf den Mietspiegel dämpfend wirken können.

Geförderte Wohnungen, Randbebauung an der Grünen Lunge

Nordend hat einen geringen Anteil an gefördertem Wohnungsbau. Deshalb wollen wir dort, wo sich Möglichkeiten bieten, günstige Wohnungen errichten. Für alle, denen wir uns während der Pandemie verbunden gefühlt haben und die tagtäglich vor Ort waren. Verkäufer*innen und Pfleger*innen, Erzieher*innen, Friseur*innen u.v.a.m.

3. Vielfalt neu denken

Ein urbanes, weltoffenes Klima ist für unseren Stadtteil prägend: Fast 40% der Menschen im Nordend haben eine internationale Familiengeschichte; sie stammen aus über 100 Nationen der Erde. Wir GRÜNE im Nordend verstehen gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung für unseren Stadtteil. Wir setzen uns für ein friedliches und tolerantes Miteinander ein und wollen allen Menschen im Stadtteil gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Als GRÜNE im Nordend stehen wir auf dem Standpunkt, dass sich die zunehmende Komplexität und Bedeutung der Integrationsarbeit für unsere Stadt in der Ausgestaltung des Integrationsdezernates widerspiegeln muss. Dazu müssen die Zuschnitte der Dezernate insgesamt geprüft werden. Das Integrationsdezernat muss hauptamtlich bleiben.

Vielfalt lebt von Begegnungen

Rund zwei Drittel aller Nordendlerinnen leben in Ein-Personen-Haushalten. Gerade sie brauchen im Stadtteil Möglichkeiten für Begegnungen. Seit dem vergangenen Jahr haben wir im Nordend wieder ein Stadtteilbüro – anders als in vielen anderen Stadtteilen gibt es jedoch keine städtischen Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Treffen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Erdgeschoss des Neubaus auf dem Glauburg-Bunker-Areal derartige Räume entstehen, die von Initiativen und Vereinen, aber auch von privaten Gruppen zu günstigen Preisen angemietet werden können. Unterstützen wollen wir insbesondere mehrsprachige Angebote speziell auch für ältere und queere Menschen.

Nach Leipziger Vorbild setzen wir uns für Stadtteilpartnerschaften ein, um auf diese Weise internationale Begegnungen zwischen den Bürger*innen der jeweiligen Partnerstadtteile zu ermöglichen und vom gegenseitigen Austausch zu profitieren.

Wir wollen die Vielfalt in unserem Stadtteil sichtbarer machen

Zahlreiche Initiativen und Vereine setzen sich im Nordend für Diversität und Teilhabe ein, darunter berami e.V., der Förderverein Roma e.V., das Jugendhaus Heideplatz und das Mädchenhaus Mafalda. Der jährliche Diversity-Tag und die Interkulturellen Wochen könnten den Rahmen für eine vom Ortsbeirat auszurichtende Veranstaltung bieten, auf der sich die Organisationen einer interessierten Öffentlichkeit vorstellen. Analog der Internet-Plattform „Vielfalt bewegt Frankfurt“ könnte darüber hinaus eine digitale Plattform Akteur*innen, Ratsuchende und interessierte Bürger*innen miteinander vernetzen. Wir setzen uns außerdem für eine stärkere Zusammenarbeit des Ortsbeirates und der

Stadtverordnetenversammlung mit der University of Applied Sciences und der Frankfurt School of Finance & Management in Projekten des gesellschaftlichen Miteinanders ein.

Für Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Islamophobie ist in unserem Stadtteil kein Platz!

Mit großer Sorge betrachten wir die in unserer Gesellschaft zunehmende Tendenz, rassistische, islamophobe, antisemitische oder diskriminierende Äußerungen und Handlungen zu tätigen, zu unterstützen oder zumindest zu billigen. Im Nordend werden insbesondere die Schüler*innen der Lichtingfeld-Schule im Philantropin immer wieder Opfer antisemitischer Beleidigungen. Auch in unserem Stadtteil braucht es daher gezielte Antirassismuserbeit in Form von Kampagnen, Schulungen, Präventions- und Mediationsangebote. Gleichzeitig wollen wir von Diskriminierung, Gewalt und Hate-Speech betroffenen Bürger*innen eine Anlaufstelle bieten. Zu diesem Zweck könnte im Stadtteilbüro ein regelmäßiges Beratungsangebot entstehen.

Begegnungen, Erfahrungen und Bildung können rassistischer Meinungsbildung entgegenwirken. Im Nordend wollen wir entsprechende Bildungs- und Begegnungsangebote schaffen. Zum Beispiel wollen wir den von der GRÜNEN Jugend zum 75. Jahrestag der Befreiung entwickelten Stadtteilspaziergang in Zusammenarbeit mit der „Initiative Stolpersteine“ verstetigen. Die „Initiative 9. November“ wollen wir bei der Erweiterung des Hochbunkers in der Friedberger Anlage unterstützen und am Hernesplatz eine Gedenkstätte für jüdisches Leben errichten.

Wir wollen allen Menschen im Stadtteil gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Seit einem Jahr gibt es im Nordend wieder einen Stadtteiltreff im ehemaligen Merianbad. Es bietet sich an, hier niedrigschwellige und mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote zu schaffen. Nach Lübecker und Bremerhavener Vorbild wollen wir im Nordend eine jährliche Stadtteilkonferenz einrichten, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu erfragen und politische Entscheidungen transparenter und partizipativer zu gestalten. Die Konferenz soll zu unterschiedlichen Themen unter jeweiliger Mitwirkung der städtischen Dezernate und Ämter stattfinden.

Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass auf Stadtteilebene Diversitätsbeauftragte analog der Kinderbeauftragten eingesetzt werden. Diese dienen gleichsam als Schnittstelle zwischen Politik, Akteur*innen und den Bürgerinnen und Bürgern, wirken nach allen Seiten unterstützend und beratend und erhalten Rederecht bei den Sitzungen des Ortsbeirates. Zugleich initiieren sie Aktionen und Veranstaltungen, bieten regelmäßige Sprechstunden im Stadtteilbüro an, arbeiten in der Stadtteilkonferenz und in Arbeitskreisen mit und unterstützen bei der Verhandlung mit Ämtern und Behörden.

Speziell für ältere Menschen wollen wir im Stadtteil mehrsprachige Begegnungsangebote in der Nachbarschaft initiieren, die beispielsweise beim Erwerb digitaler Kompetenzen unterstützen können, Hilfsleistungen und Gesundheitsprävention anbieten können.

Seit 2015 hat die Verkehrsgesellschaft der Stadt Frankfurt begonnen, die Haltestellen im Stadtgebiet barrierefrei auszubauen. Wir setzen uns im Ortsbeirat dafür ein, dass die noch nicht umgebauten Haltestellen (z.B. Friedberger Platz, Hessendenkmal) so rasch wie möglich barrierefrei werden. Gleichzeitig sollen auch alle öffentlichen Gebäude mit barrierefreien Zugängen ausgestattet werden.

Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein und wirken Diskriminierung aktiv entgegen

Vereine wie infrau e.V. und das Mädchenhaus Mafalda fördern mit ihren Angeboten speziell Mädchen und Frauen. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Darüber hinaus setzen wir uns im Ortsbeirat dafür ein, weibliche Vorbilder im Stadtteil konsequent sichtbar zu machen, beispielsweise in Form einer digitalen Plattform. Bei der Benennung öffentlicher Straßen, Plätze und Schulen sollen Frauen konsequent berücksichtigt werden. In Zusammenarbeit mit dem Frauendezernat werden wir uns dafür stark machen, dass an Plakatwänden, Litfasssäulen und Lichtsäulen keine Werbung mit frauenverachtenden, sexualisierten und diskriminierenden Inhalten gezeigt wird.

Vielfalt, Toleranz, Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe sind Grundwerte der politischen Arbeit unserer Partei im Ortsbeirat. Die Zusammensetzung im Ortsbeirat sollte die gesellschaftliche Zusammensetzung angemessen widerspiegeln.

Von den 19 Mitgliedern des Ortsbeirates sind derzeit lediglich 7 Frauen, nur ein Mitglied hat eine internationale Biographie und nur ein Mitglied ist unter 30 Jahre alt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Ortsbeirat die Diversität in unserem Stadtteil angemessen widerspiegelt. Zu diesem Zweck wollen wir Projekte im Nordend unterstützen, die insbesondere junge Menschen, Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Mädchen und Frauen zu politischer Teilhabe ermutigen. Dazu wollen wir auch die Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendeinrichtungen verstärken und prüfen, inwieweit im Stadtteil ein Jugendparlament eingerichtet werden kann.

Die Zusammenarbeit des Ortsbeirates mit der Kommunalen AusländerInnenvertretung wollen wir intensivieren.

Um insbesondere alleinerziehenden Elternteilen die Teilhabe an politischen Ämtern und Gremien zu ermöglichen, bedarf es der Änderung struktureller Voraussetzungen. Denkbar wäre es beispielsweise, die Sitzungen des Ortsbeirates nicht nur in den Abendstunden, sondern alternierend an Wochenendterminen tagsüber abzuhalten, um eine größere zeitliche Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Ehrenamt zu ermöglichen. Der Zugang zu allen Veranstaltungen und Sitzungen des Ortsbeirates muss barrierefrei möglich sein.

Eine konsequent gendergerechte Ansprache sollte in allen Beschlussfassungen des Ortsbeirates selbstverständlich sein. Darüber hinaus wollen wir GRÜNE im Nordend auch im Ortsbeirat das Prinzip des „Gender Budgeting“ etablieren und bei allen Ausgaben aus dem Ortsbeiratsbudget die Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.

4. Mobilität neu denken

Es tut sich etwas auf den Straßen des Nordends: Endlich müssen Radfahrer*innen, die vom Nordend in die Innenstadt und zurück radeln wollen, die dichtbefahrene Friedberger Landstraße nicht mehr mit Autos und LKW teilen. Auf beiden Seiten sorgt ein – fast durchgehender – Radweg für größere Sicherheit. Die U-Bahn-Stationen „Musterschule“ und „Glauburgstraße“ sind inzwischen barrierefrei ausgebaut, künftig wird die Linie 32 an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr das östliche und das westliche Nordend miteinander verbinden. Auch die Nachtbuslinien werden ausgebaut und die U8 bringt

Nachtschwärmer*innen und NachtschichtlerInnen die ganze Nacht über von Sachsenhausen auch ins Nordend. Auf der Nibelungenallee heißt es zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr „Runter vom Gas“ – es gilt Tempo 30. Und in der Lortzingstraße bietet eine Quartiersgarage die Möglichkeit, Fahrzeuge unterirdisch abzustellen. Wir GRÜNE im Nordend haben uns erfolgreich für die Befreiung der Nebenstraßen vom Durchgangsverkehr eingesetzt, haben bereits in vielen Straßen Tempo 30 durchsetzen können und vor über 10 Jahren die „Einbahnstraßen-Radwege“ erfunden und umgesetzt. Das Verkehrsaufkommen und der „Parkdruck“ sind jedoch weitergewachsen – und die „Verkehrswende“ ist heute eines der meist debattierten Themen. Mit einer Stimme für die GRÜNEN können die Wähler*innen sich darauf verlassen, progressive Verfechter*innen einer sozial gerechteren und ökologischeren Mobilität zu beauftragen.

Den Weg zu einer echten Verkehrswende wollen wir konsequent weiterführen und insbesondere Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum auf Straßen und Plätzen einräumen.

Den Verkehrsraum neu aufteilen

Wir stehen für mehr Sicherheitsgefühl und Gleichberechtigung im Straßenraum und setzen dabei auf die Förderung emissionsarmer Mobilitätsformen. Auch wenn sich durch die begonnene Umsetzung der Maßnahmen des Radentscheids, den wir GRÜNE unterstützen, bereits einiges getan hat: wir arbeiten weiter daran, die immer noch bestehende Dominanz der Autos im Straßenraum zu reduzieren und fordern eine Umgestaltung von Straßen zugunsten von breiteren und sichereren Wegen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Parkplätze sollen zugunsten von Grünflächen und mehr öffentlichem Raum entfallen, illegales Parken soll konsequent geahndet werden. Für den zunehmenden Lieferverkehr fordern wir flächendeckend legale, sichere Kurzzeit-Parkmöglichkeiten und für die Weiterentwicklung des Angebots von Carsharing-Möglichkeiten die Einrichtung dezidierter Carsharing-Parkplätze“ – bevorzugt für Elektro-Autos, für die auch mehr öffentliche Lademöglichkeiten im Stadtteil entstehen sollen. Straßen sollen so umgestaltet werden, dass zu Fuß gehende und Radfahrer*innen sich hier sicher fühlen können und auf direktem Weg ihr Ziel erreichen können. Wenn dieses Ziel nicht mit gleichzeitig stattfindendem Autoverkehr zu erreichen ist, muss dieser hier zurückgedrängt oder ausgeschlossen werden.

Zu Fuß sicher durchs Nordend

Wir wollen breite und sichere Gehwege im ganzen Stadtteil fördern, auf denen Menschen sich begegnen und sicher aufhalten können. Der abnehmende Trend der zu-Fuß-Gehenden muss umgekehrt werden: in einem Stadtteil der kurzen Wege, wie es das Nordend mit seiner guten Anbindung an die Innenstadt, Bornheim und weiteren Stadtteilen ist, soll für alle die Möglichkeit bestehen, ihre Ziele sicher und komfortabel zu Fuß zu erreichen. Ampeln sollen dazu entsprechend geschaltet, Kreuzungen umgestaltet werden. Konflikte mit Radfahrer*innen sollen durch bauliche Trennungen vermieden werden. Die Barrierefreiheit muss durchgehend und verlässlich gewährleistet werden: Rollstühle und Kinderwagen sollen auch mit Extra-Breite überall durchkommen können. Eine einfache Maßnahme, breitere Gehwege und Radwege zu schaffen, ist aus unserer Sicht die Umstellung von Quer-Parkplätzen, bei denen Autos halb auf dem Gehweg stehen, auf Parallel zur Straße ausgerichtete Parkplätze. Regelmäßige Workshops und Rundgänge mit Vertreter*innen der Verwaltung sollen zur Verbesserung bestehender Schwachstellen für den Fußverkehr führen.

Wir fordern stärkere und regelmäßige Kontrollen durch die städtische Verkehrspolizei, um das an vielen Stellen zu beobachtende gewohnheitsmäßige Falschparken konsequent zu ahnden und gefährliche Situationen durch Abschleppmaßnahmen aufzulösen.

Das Nordend wird Fahrradstadtteil

Egal, ob von der Nationalbibliothek zur Fachhochschule, vom Frauensteiner Platz zum Friedberger Platz oder vom Günthersburgpark zum Merianplatz – mit dem Fahrrad lassen sich alle Ziele im Stadtteil schnell und sicher erreichen. Leider ist das Radfahren im Nordend nicht immer angenehm. Oft müssen sich Radfahrer*innen die Verkehrswege mit dem motorisierten Verkehr teilen, zuweilen stehen ihnen nur sehr schmale Randstreifen zur Verfügung und an einigen Stellen bergen auch die Schienen der U- und Straßenbahn Unfallgefahr. In zweiter Reihe parkende Fahrzeuge erhöhen das Gefahrenpotential noch. Im Ortsbeirat werden wir uns dafür einsetzen, die besonders gefahrträchtigen Stellen zu identifizieren und die Sicherheit zu erhöhen. Dies kann zum Beispiel durch bauliche Maßnahmen geschehen, die das Parken in zweiter Reihe verhindern. Insbesondere die Glauburgstraße wollen wir umgestalten und für Radfahrer*innen sicherer machen, indem wir die dortigen Querparkplätze durch Längsparkplätze ersetzen und so mehr Platz abseits der mittig verlaufenden Schienenstränge schaffen. Auch in anderen Straßen - insbesondere engen Einbahnstraßen – kann auf diese Weise die Sicherheit erhöht werden.

Der Radentscheid Frankfurt hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Magistrat ein Konzept erarbeitet, um Nebenstraßen fahrradfreundlich umzugestalten. Die dort enthaltenen Vorschläge für den Oeder Weg und die Nordend- und Holzhausenstraße unterstützen wir und werden uns im Ortsbeirat für eine zeitnahe Prüfung und Umsetzung der Vorschläge einsetzen. Für Engstellen, die sich in diesem Zuge ergeben, präsentieren wir dem Magistrat überzeugende Lösungen, für gefährliche Kreuzungen fordern wir bauliche Veränderungen. Besonders Schülerinnen und Schüler sollen sich sicher fühlen, mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu können, die Gründe für die Fahrten von „Elterntaxis“ wollen wir so reduzieren. Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode verstärkt einbringen, so zum Beispiel autofreie Zonen vor Schulhöfen, auf denen Kinder sich zu Fuß und auf dem Rad sicher fühlen können. Die Radwege auf dem Alleenring müssen überprüft und Schritt für Schritt verbessert werden - und sollten zukünftig möglichst auf der Straße verlaufen. Das werden wir mit Nachdruck fordern, denn die Umsetzung des Radentscheids soll nicht auf Kosten anderer wichtiger Verbesserungen für den Radverkehr gehen.

Weiterhin werden wir uns dafür stark machen, die noch bestehende Lücke des Radwegs auf der Friedberger Landstraße zwischen Friedberger Landstraße und Matthias-Beltz-Platz zu schließen. Gegebenenfalls könnte hier in einem Modellversuch ein Solarfahrradweg entstehen.

Die Drückerampeln sollen – gerade an den Stellen, die häufig von Radfahrer*innen frequentiert werden – durch automatisch umschaltende Ampeln oder ein Schwellensystem ersetzt werden.

Vom Parkraum zum Park-Raum

Verkehrswende heißt, den Verkehrsraum neu aufzuteilen – weg von der autogerechten Stadt hin zum öffentlichen Raum für alle – mit mehr Platz für Fußgänger*innen,

Radfahrer*innen, mit mehr Aufenthalts- und Lebensqualität. Die temporäre Spielstraße, die auf Betreiben des Ortsbeirates jedes Jahr in der Heidestraße eingerichtet wird, erfreut sich großer Beliebtheit. In der Nordendstraße entstand die bundesweit erste Begegnungszone als öffentlicher Raum, der allen zur Verfügung steht. Das bedeutet aber auch, dass wir Flächen, die jetzt parkenden Autos vorbehalten sind, anders nutzen wollen. Erreichen wollen wir dies mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung, wie sie in Bornheim bereits eingeführt wurde. Viele Bornheimer*innen können momentan noch auf das Nordend ausweichen, wenn sie einen kostenlosen Parkplatz suchen, dabei wollen auch wir die Ziele des Luftreinhalteplans erreichen, um die Gesundheit der Anwohner*innen besser zu schützen. PKW-Halter*innen sollen darüber hinaus nicht länger durch kostenlosen öffentlichen Raum bevorteilt werden und angeregt werden, kritisch zu hinterfragen, ob sie wirklich ein Auto benötigen. Der Stadtteil Nordend ist über den ÖPNV hervorragend an alle Ziele in Frankfurt angebunden, Fahrrad und Fußverkehr stellen ebenfalls für viele eine gesunde Alternative dar.

Das Parken auf dem Gehweg wollen wir auf die Wege reduzieren, die mindestens 2,20 m breit sind. Einmal im Jahr soll es einen autofreien Sonntag geben, an dem Straßen zu Festmeilen, zu Spielplätzen oder zu Freiluft-Restaurants werden können. Ausbauen wollen wir die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge im Nordend zu laden. Dazu wollen wir weitere Ladestationen errichten, Tiefgaragen mit E-Lade-Stationen unterstützen und prüfen, inwieweit E-Lade-Stationen nach Londoner Vorbild in Straßenlaternen integriert werden können.

Wir wollen mehr Autofreie, Fahrrad- und Spielstraßen etablieren, in denen die Menschen im Nordend sich sicher auf der Straße aufhalten können. Temporäre Spielstraßen können kurzfristig zu einer Verbesserung führen, langfristig möchten wir, dass Fußgänger*innen und Radfahrer*innen die attraktivsten Wege im Stadtteil zur Verfügung stehen. Wo immer es möglich ist, sollen Entsiegelung und Begrünung dazu führen, dass sich der Stadtteil im Sommer weniger aufheizt und die Menschen überall, und nicht nur an „Hotspots“ zusammenkommen und sich in angenehmer Atmosphäre aufhalten können. Das ist gut für die lokale Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Gesundheit. Dort, wo in der Vergangenheit „Stellvertreter“ platziert wurden, um Kreuzungsecken vor Falschparker*innen zu schützen, sollen sie durch sinnvollerer Mobiliar, wie zum Beispiel Fahrradbügel, aber auch Sitzgelegenheiten und Begrünung ersetzt werden.

Bei Neubauprojekten soll ein möglichst großer Anteil der durch die Stellplatzsatzung zwangsweise einzurichtenden Parkplätze für Fahrräder, Lastenfahräder und geteilter Mobilität zugeordnet werden, Parkräume sollen in Quartieren möglichst außerhalb liegen, damit in ihrer Mitte sichere und lebenswerte Aufenthaltsräume entstehen können. Auch Universitäten, Schulen und Verwaltungsgebäude sollten optimal an den ÖPNV angebunden werden und nur den kleinstmöglichen Parkraum vorhalten. Den Bau weiterer Quartiersgaragen lehnen wir aufgrund der hohen ökologischen Kosten und der durch sie wortwörtlichen Zementierung des falschen Mobilitätskonzeptes ab.

Klimafreundlich unterwegs mit Bus und Bahn

Mit sechs U-Bahnlinien, zwei Straßenbahnlinien und X Busverbindungen ist das Nordend bereits gut vernetzt. Die diskutierte Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel begrüßen

wir. Ausbaufähig sind aus unserer Sicht vor allem die „Querverbindungen“ – also die heute mit Buslinien erschlossenen Strecken zwischen Nordend-West und Nordend-Ost. Die Verstärkung der Buslinien 32 und 36, die seit dem letzten Fahrplanwechsel in kurzem Takt rund um die Uhr fahren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Einrichtung einer Ringbahn könnten die Mobilität in unserem Stadtteil weiter vergrößern. Damit alle Menschen im Stadtteil vom öffentlichen Nahverkehr gleich gut profitieren können, fordern wir, dass an keinem Ort mehr als 500m zur nächsten barrierefreien Haltestelle liegen dürfen. Defizite sollen systematisch erkannt und behoben werden. An den Haltestellen sollen bequeme Umsteigemöglichkeiten auf geteilte Mobilitätsangebote und ausreichend Fahrradabstellplätze entwickelt werden. Für die Konzeption der Idee der „Campusmeile“ fordern wir die Berücksichtigung einer Alleenring-Straßenbahn bis zum Campus Westend, die auf Kosten des PKW-Straßenraums geplant werden soll.

Ein großes Thema war die Lärmbelastung, die insbesondere die Anwohner*innen der Eckenheimer Landstraße nach dem Austausch der U5-Wagen und der Erneuerung der Schienen traf. Nicht nur der motorisierte Verkehr, auch der Schienenverkehr bedarf gezielter Lärmschutzmaßnahmen. Wir wollen uns dafür einsetzen, Haltestellen und Gleisflächen zu begrünen.

Mobil sein heißt vernetzt sein

Unser Alltag wird zunehmend flexibler. Heute arbeiten wir im Home-Office, morgen fahren wir mit Bus und Bahn ins Büro und kürzen den Weg zur Haltestelle mit dem E-Scooter oder dem Leihfahrrad ab. So spontan unser Alltag ist, so vielfältig muss Mobilität werden. Oft werden Fahrzeuge eher als „Stehzeuge“ genutzt – immer mehr Menschen im Nordend entscheiden sich gegen ein eigenes Auto und für Carsharing. Die Mobilität der Zukunft wird vernetzter sein und die digitale Buchung verschiedener Fortbewegungsmittel über das Internet erlauben. In einem Beteiligungsprozess wollen wir ein Verkehrskonzept für unseren Stadtteil entwickeln, das dieser Entwicklung Rechnung trägt. Sharing-Angebote wollen wir stärken – wir wollen allerdings auch prüfen, inwieweit der Abstell- und Ladeprozess der Elektroroller so gestaltet werden kann, dass herumstehende Roller nicht zur Gefahr für Fußgänger*innen, spielende Kinder und Radfahrer*innen werden. Zentrale Park&Ride-Parkplätze sollen einen Anreiz bieten, mit dem Auto nicht bis in die Innenstadt zu fahren, sondern auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

Autofahren? Aber sicher und klimagerecht!

Weniger ist mehr - weniger Gas bedeutet weniger Lärm, weniger Abgase, weniger CO₂. Auf der Nibelungenallee gilt seit 2019 nachts eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30. Für die Anwohner*innen bedeutet dies eine erhebliche Lärminderung. Wir unterstützen die Ausweitung der nächtlichen Tempo-30-Zonen auf die weiteren Hauptverkehrsstraßen im Stadtteil.

Besonders auf dem lauten Alleenring soll die Aufenthaltsqualität verbessert werden, indem die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 40 gesenkt wird und ein Ausbau von Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur vorangetrieben wird. Die Straßen sollen nicht für den Durchgangsverkehr durch den Stadtteil attraktiv sein, sondern für die Anwohner und

Anwohnerinnen. Die Barriere-Wirkung des Rings soll deutlich reduziert werden. Außerhalb des Rings soll auf allen Straßen Tempo 30 gelten, in Nebenstraßen möglichst Tempo 20.

Eine Citymaut kann dazu beitragen, den Durchgangsverkehr auf den Hauptverkehrsstraßen im Nordend zu reduzieren.

Von der Durchgangsstraße zur Campusmeile – den Alleenring neugestalten!

Die Straßen des Alleenrings gehören zu den meist befahrenen Straßen in Frankfurt
Ziel: Der nördliche Alleenring mit dem Campus Westend der Goethe-Universität, der Frankfurt School of Finance & Management, der Deutschen Nationalbibliothek und der Frankfurt University of Applied Sciences soll als städtische Struktur und Leuchtturmprojekt für eine nachhaltige Mobilitätswende zur Frankfurter Campusmeile entwickelt werden. Die Campusmeile ist Teil des Koalitionsvertrags 2016-2021 und auch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISTEK) bekennt sich dazu, das Projekt zu entwickeln. Nach dem Vorbild des Frankfurter Museumsufers zielt die Bildung der Campusmeile darauf ab, die Vernetzung der Wissenschaftsinstitutionen zu fördern und dem Ring eine räumliche Identität mit hoher Aufenthaltsqualität für Studierende und Bürger*innen zu geben. Darüber soll der Wissenschaftsstandort Frankfurt gestärkt werden. In einer Kooperation der Frankfurt University of Applied Sciences (FUAS) und dem Planungsdezernat wurde 2017 ein studentischer Ideenwettbewerb ausgelobt, dessen Ergebnisse viele konzeptionelle Ideen für die städtebauliche und freiraumplanerische Weiterentwicklung des nördlichen Teils des Alleenrings brachten. Die Ergebnisse wurden im Mai 2018 in einer Ausstellung präsentiert. Seither ist weder seitens der Wissenschaftsinstitutionen noch seitens der Stadt etwas Wesentliches geschehen und auch im 2019 vorgelegten ISTEK finden sich lediglich unverbindliche Aussagen zur Entwicklung der Campusmeile.

Wir GRÜNE setzen uns ein für die:

- Entwicklung eines ganzheitlichen konzeptionellen Ansatzes für die Campusmeile unter Einbeziehung der Studierenden und der Bürgerinnen und Bürger über geeignete Beteiligungsformate
- Schrittweise Umsetzung erster Maßnahmen des Ansatzes vor allem in Bezug auf
 - das Mobilitätskonzept (z.B. Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierenden Individualverkehr, Reduzierung der zugelassenen Geschwindigkeit, Ausbau der Fahrradwege, neue verbindende Fußwege, Stärkung des ÖPVN z.B. Shuttle System)
 - Ausbau der Grünflächen, Verdichtung des Baumbestandes, Wiederherstellung der Allee
 - Vernetzung der Wissenschaftsinstitutionen (z.B. über Veranstaltungen, light-house Projekte)

1. Leben und Arbeiten neu denken

Leben und Arbeiten liegen im Nordend nah beieinander. Der Stadtteil ist geprägt von kleinen inhabergeführten Geschäften und abwechslungsreicher Gastronomie. Das Mal-Sehn-Kino, das Stalburgtheater und die Denkbau ziehen weit über die Stadtteilgrenzen hinaus kulturinteressiertes Publikum an. Die Corona-Pandemie stellt für diese kleinen Unternehmen und Kulturbetriebe eine schwierige kaum zu meisternde Herausforderung dar: Die

Schließungen im Frühjahr und im November bedeuten trotz aller Hilfen einen massiven Einnahmeverlust. Vor allem in den warmen Sommermonaten zieht es die Menschen im Nordend nach draußen: Der Friedberger Platz, der Matthias-Beltz-Platz und der Luisenplatz sind an den Wochenenden beliebte Treffpunkte. Das bringt auch Konflikte mit den AnwohnerInnen mit sich, die sich durch den Lärm und das Verhalten der Feiernden gestört fühlen. Für Kinder bieten der Holzhauspark und zahlreiche wohnortnahe Spielplätze viele Möglichkeiten, sich zu treffen und ungefährdet zu spielen und sich zu bewegen. In den Sommermonaten wird die Heidestraße zur temporären Spielstraße. Das Angebot an Betreuungsplätzen ist – zumindest für Kinder ab dem Kindergartenalter – gut. Auch Jugendliche finden mit dem Mädchenhaus Mafalda und dem Jugendhaus Heideplatz attraktive Freizeitangebote im Stadtteil vor.

Das Nordend kinder- und jugendgerecht gestalten

Mit einem großen Kinderfest konnte im vergangenen Jahr der sanierte Holzhauspark wieder eröffnet werden. Bei der Gestaltung des Spielparks waren die Kinder aktiv mit einbezogen worden, was allen viel Spaß gemacht und zu guten Ergebnissen geführt hat. Wir möchten die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich mit ihren Ideen in die Entwicklung unseres Stadtteils einzubringen, stärken, etwa durch die Einführung eines Jugendparlamentes oder einer eigenen Sprechstunde für Kinder und Jugendliche im Ortsbeirat.

Die temporäre Spielstraße in der Heidestraße erfreut sich in den Sommermonaten großer Beliebtheit. Wir wollen das Konzept der temporären Spielstraßen ausweiten und in ruhigen Nebenstraßen dauerhafte Geschwindigkeitsbegrenzungen einführen – auf dem Weg zum beispielbaren Stadtteil.

Das Jugendhaus Heideplatz und der Mädchentreff Mafalda leisten im Nordend hervorragende Jugendarbeit, die wir im Ortsbeirat unterstützen wollen.

Leider fehlt es im Nordend an Sport- und Bewegungsplätzen. Wir wollen prüfen, inwieweit die Schulhöfe außerhalb der Unterrichtszeiten für Bewegungsspiele geöffnet werden können.

Die Neuausschreibung des Catering in der IGS Nordend hat im vergangenen Jahr für viel Unmut bei Schüler*innen, Lehrer*innen und Elternschaft gesorgt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Frankfurt die Ausschreibungskriterien ändert und regionale Versorgung künftig bevorzugt wird.

Während es im Nordend keinen Mangel an Kindergartenplätzen gibt, ist die Betreuung der Unter-Dreijährigen weiter ausbaufähig. Hier gilt für uns Qualität vor Quantität – auch sollten die Wege für Eltern und Kinder möglichst kurz sein. Seit einigen Jahren stellt die Stadt Frankfurt die Plattform „kindernet“ zur Verfügung, mit der Eltern offene Betreuungsplätze finden können. Die Idee, auf diese Weise die Suche transparenter zu gestalten, geht in die richtige Richtung; das Verfahren muss jedoch entbürokratisiert werden.

Dass mit dem „Hexenhäuschen“ und der Kita Glauburgschule weitere Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen, begrüßen wir sehr. Gleichwohl wollen wir Tageseltern stärker unterstützen.

Einzelhandel und Gastronomie stärken

Gerade in und nach der pandemiebedingten Krise wollen wir den lokalen Einzelhandel stärken und unterstützen. Im Ortsbeirat wollen wir und dafür einsetzen, Außenflächen für

Gastronomie und Einzelhandel auszuweiten. Im Zuge eines autofreien Sonntags und anderer Sonderaktionen könnten Straßen temporär für den Verkehr gesperrt und für Märkte, Pop-Up-Aktionen und Feste zur Verfügung stehen, bei denen sich die ansässigen Händler*innen präsentieren können. Bis 2012 zog die „Weiße Tafel“ viele Menschen in und außerhalb des Nordends an; sie wollen wir wiederbeleben.

Leerstehende Ladenlokale könnten im Wege der Zwischennutzungen KünstlerInnen, Gründer*innen oder auch sozialen und nachhaltigen Projekten (z.B. Repair-Cafés) zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch würden nicht nur innovative Ideen gefördert, sondern zugleich verhindert werden, dass Einkaufsstraßen durchzunehmenden Leerstand veröden.

Das Konzept des/der ZentrenkümmererIn, das auf der Oberen Berger Straße bereits erfolgreich implementiert wurde, wollen wir auf die untere Berger Straße und andere Einkaufsstraßen im Nordend ausdehnen.

Ein Bonusheft-System könnte dazu beitragen, den lokalen Einzelhandel zusätzlich zu stärken. All diese Maßnahmen sollten in ein übergreifendes Stadtteilkonzept eingebettet sein, welches sich nach dem Vorbild des ISTEK mit der Nutzung der insgesamt zur Verfügung stehenden Fläche unter verschiedenen Gesichtspunkten befasst.

Zur Abstimmung und Vernetzung von Politik und Wirtschaft sollte ein regelmäßiger runder Tisch eingerichtet werden, dem Mitglieder des Ortsbeirates und Vertreter*innen des lokalen Einzelhandels und Gastronomie angehören.

Ein Stadtteil für Kunst und Kultur

Das Nordend ist Sitz kleiner unabhängiger Kulturbetriebe, die sich mit ihrem Programm an Kunst- und Kulturinteressierte jenseits des Mainstreams richten. Das Stalburgtheater, das im Sommer jährlich das mehrwöchige Freiluft-Kulturfestival „Stoffel“ ausrichtet, das Mal-Sehn-Kino und die Denkbare ziehen auch viele Besucher*innen außerhalb des Nordends an. Die monatelange Schließung während der Corona-Pandemie bedroht dieses individuelle und einzigartige Kulturangebot im Stadtteil.

Im Ortsbeirat möchten wir die Kulturbetriebe daher unterstützen, indem wir Möglichkeiten prüfen, Kunst und Kultur in den öffentlichen Raum zu holen und niedrigschwellig zugänglich zu machen. Hierzu könnten auch Offene Ateliers beitragen, die ebenfalls im Wege der Zwischennutzung in leerstehenden Ladenlokalen entstehen könnten.

Auch weiterhin werden wir uns als Ortsbeirat dafür einsetzen, das Kulturfestival „Stoffel“ aus den Mitteln des städtischen Haushalts zu unterstützen und die Fördersumme im kommenden Jahr zu erhöhen, um den pandemiebedingten Ausfall 2020 zu kompensieren.

Unser Zusammenleben gestalten

Zwei Drittel der Menschen im Nordend sind alleinlebend. Das bedeutet, dass wir im Stadtteil Orte brauchen, an denen sich Menschen begegnen können – auch abseits von Verzehrzwang und Veranstaltungsprogramm. In den Sommermonaten sind der Friedberger Platz, der Luisenplatz und der Matthias-Beltz-Platz beliebte Treffpunkte. Dies führt jedoch regelmäßig zu Konflikten mit den AnwohnerInnen. Wir wollen gemeinsam mit den AnwohnerInnen, der ansässigen Gastronomie und den Feiernden weiter daran arbeiten, dass die nächtlichen Ruhezeiten ab 22.00 Uhr eingehalten werden und die Partys nicht ausufern. Am Friedberger Platz klappt dies inzwischen gut. Wir wollen das Konzept auch auf den Matthias-Beltz-Platz und den Luisenplatz ausdehnen.

Gleichzeitig wollen wir prüfen, wo im Stadtteil neue Begegnungsräume entstehen können und dabei auch unkonventionelle Lösungen nach dem Modell des hölzernen Pavillons auf dem Goetheplatz in Betracht ziehen. Das Erdgeschoss des Glauburgbunker-Areals, das nach dem Beschluss des Magistrats einer sozialen bzw. kulturellen Nutzung vorbehalten sein soll, könnte Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Vereinstreffen o.ä. bieten.